

# Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

83. Jahrgang.

№ 123

Samstag, den 31. Mai

1919.

## Wochenrundschau.

Die Friedensverhandlungen in Versailles sind um einen Schritt weiter gekommen. Am 29. Mai lief die achtstündige Fristverlängerung zur Einreichung unserer „Bemerkungen“ auf den feindlichen Friedensentwurf ab. Schon am 28. lag den Gegnern unsere bekannte Antwort vor. Ihr Inhalt wird wohl von jedem, der ihn kennen gelernt hat, als grauhaft empfunden werden; und doch müssen wir froh sein, wenn die Gegner über unsere Vorschläge überhaupt verhandeln. Sagen sie ohne weiteres nein, so ist die Entscheidung endgültig gefallen, denn dann muß es bei unserem „Unannehmbar“ bleiben. Man sollte aber meinen, daß der furchtbar hohe Preis und die schier übermenschlichen Opfer, die wir bringen wollen, um der obliegen Vermeidung zu entgehen, selbst bei dieser Art von Feinden ernsthaft Beachtung finden. Von einem Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit wäre ja auch dann noch lange keine Rede, und Deutschland würde auch so auf Menschenalter hinaus sein Instrument im Konzert der europäischen Völker ausgespielt haben, ganz zu schweigen von der Weltpolitik.

Es ist der Inhalt des deutschen Schuldbekenntnisses, wie es Bethmann-Hollwigs unseligem Munde wegen Belgens entkommen ist, daß wir von vornherein selbst mit diplomatischen Verhandlungen so sehr im Nachteil sind. Uns gilt heute fernher das Wort, das einst König George den englischen Parlamenten zurief: „Wehe dem Volke, das seine Waffen 5 Minuten zu früh an die Wand stellt.“ Wir haben sie nicht nur an die Wand gestellt, sondern zertrümmert und zerbrochen. Wie ganz anders könnte trotz des ungünstigen Kriegsausgangs Deutschland heute dastehen, wenn die, die seit Mitte November sein Schicksal bestimmen, sich von wohlwollenden deutschen Interessen hätten leiten lassen. Auch ohne die Revolution hätten wir schon mehr politische Freiheit, hätten auch ohne sie mehr Beteiligung sozialer Bestimmung erreicht, angenommen aber, daß die Revolution kommen mußte, so hätten ihre Führer dasjenige tun müssen, was die politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht in einer heillosen Wechselseite ausarten. Der Krieg war so verloren, aber er wäre, wenn der Zusammenbruch im Heer und die Anarchie in der Heimat vermieden wurden, nicht zur doppelten und dreifachen Niederlage geworden.

Wie schwer es unsere Unterhändler haben, geht aus manchen Neuerscheinungen hervor. Sie mußten eine Zusammenkunft mit ihren Reichsministern in Spa abhalten, als ihnen die ersten Antworten Clemenceaus auf unsere Forderungen wegen der Kriegsgefangenen, des Bölkerbundes, der wirtschaftlichen Schäden usw. vorlagen. Auch jetzt noch sind solche Zusammenkünfte an der Tagesordnung. Neulich trafen sich die süddeutschen Irrenden Minister in Stuttgart, jetzt sind sie bei der Reichsregierung in Berlin versammelt. Die nächste Zukunft muß uns Gewißheit über unser ganzes Schicksal bringen.

Es ist immerhin interessant, daß selbst unter den amerikanischen Delegierten etwa 20 sind, die sich des Wilson'schen Wortbruchs oder seiner Schwäche schämen. Eine der amerikanischen Presse übermittelte deutsche Erklärung scheint nicht ganz eindrucklos geblieben zu sein. Aus den amerikanischen Besprechungen ist uns ein moralischer Anspruch auf einen Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit geblieben. Hat der paragrafisierte Hofgesang, den man in Versailles geschrieben hat, Wilson selbst hat am 4. Dez. 1918 gesagt: „Wir würden unsere eigene Sache erörtern, wenn wir Deutschland anders als gerecht und unparteiisch und mit dem selbstverständlichen Verlangen nach Gerechtigkeit gegen alle behandeln, einerseits, wie der Krieg ausgeht mag. Wir verlangen nichts, was wir nicht selber zugegeben bereit sind.“

Die Wirkung der Enttäuschung ist bei uns eine heillos Verwirrung der Gemüter. Anders vermögen wir uns den neuen Abfallversuch vom Reiche, der aus dem Rheinland gemeldet wird, überhaupt nicht zu erklären. Zu entschuldigen ist er höchstens mit dem Ekel vor der dem Diktatorismus in Berlin und anderswo, wo man heutzutage Regierung spricht. Es ist der Typus des Parlamentarismus, für das es schon seit Jahrzehnten eine treffliche Kennzeichnung gibt: „Schafft wenig, spricht viel, lebt von Diktator.“ Man wolle auf diesem Wege Staatsmänner, Staatsräte und Talente zu den Regierungsverhältnissen locken, hat aber nichts erreicht, als daß die Parteimachinerie allmächtig geworden und niemand mehr zur Volksvertretung berufen ist, den sie nicht vorher abgestempelt hat.

Unsere engere Heimat hätte wieder einmal einen Ministerwechsel. Der persönlich sympathische und besonders

in der Gemeindepolitik sehr erfahrene Minister des Innern Dr. Lindemann ist des Treibens müde geworden und will sich in Köln einer ehrenvollen wissenschaftlichen Aufgabe widmen. Man wüßte das seit einiger Zeit, ebenso, daß Dr. Reck sein Nachfolger würde. Das soll nun am 1. Juni Tatsache werden. Die Sozialdemokraten haben dann von den Lage und schreibe 8 württembergischen Ministerien (Staatsvereinsführung) 4. die Deutsche demokratische Partei 3, das Zentrum eines inne. Das ist eine Koalitionregierung mit einer Kräfteverteilung, die der in der Landesversammlung nicht entspricht. Man kann gespannt sein, wie das gleiche Experiment, das jetzt auch in Bayern gemacht werden soll, ausfällt. Dort war die Revolution ganz besonders eine Ermittel für Streber, Schieber, Expreser und Diebe. Uebrigens will unsere Landesversammlung, obgleich sie nach der neuen Verfassung nur 120 Köpfe zählen sollte, vorläufig in ihrer Stärke von 150 zusammenbleiben. Man nennt das „dem Volke die Aufregungen eines neuen Wahlkampfes ersparen“. Wirklich ist allerdings die Wahlmüdigkeit, die sich jetzt auch wieder bei den Gemeinderatswahlen gezeigt hat. Und der Schluss liegt nahe, ob ein Volk, das seinen höchsten Rechten so wenig Achtung entgegenbringt, für diese Rechte schon reich ist. Vielleicht wird es anders, wenn erst die ganzen Folgen des Elends auf uns liegen, das offenbar Tausenden und Abertausenden und gerade am Orte der sogenannten Intelligenz, d. h. in den größeren Städten, noch gar nicht recht ins Bewußtsein gedrungen ist. Der Steuerzettel dürfte da einen guten Lehrmeister abgeben. Beispielsweise mußte die Landesversammlung alle die Steuererhöhungen für unsere Beamten von 13 auf 22,4 Millionen Mark erhöhen. Sie tat es einstimmig und sie tat recht daran. Sie hat auch einen Antrag gegen die Auslieferung des deutschen Reiches angenommen, seitlich erst, nachdem er in einem Schutze aber im Ausland lebenden Deutschen, insbesondere auch des Reiches, arg erwöhnt worden war. Man konnte da das schöne Schauspiel erleben, daß so mancher, der sonst als Hurtpatritot 1. Klasse gänzte, auf Befehl seines Parteiführers zurücktreten blieb, desgleichen Führers, den er — ach wie kurz ist es erst her — sehr von oben herab behandelte, als er selbst noch an der Spitze einer jetzt sehr entschlossenen Partei stand. Das aber nennt man vom Kriege etwas gelernt haben.

Die armen Destituten sitzen nun auch schon seit 14 Tagen in der Gegend von Paris und warten auf ihren Frieden. Er wird ihnen am 30. Mai in St. Germain-en-Laye diktiert werden, wie man hört, nur schwache, damit es nicht so weit tut, wie das bekannte Schwanzschneiden beim Hunde. Das Schicksal der Türkei liegt vollends im Dunkeln. Eine Welle geht es aus, als sollte sie überhaupt ausgeblüht werden; dann aber regten sich die Mohammedaner in Ägypten und Indien und dieser Wind mit dem Jauchzettel wurde auf dem Umweg über London in Paris recht gut verstanden. Man hat dort auch große russische Sorgen, braucht sogar deutsche Hilfe im Baltikum, hofft aber bald in Petersburg einzuziehen. Der Bolschewismus hat seinen Sitz in Moskau und wird sich davon schwerlich viel ansehn lassen. Die Polen langen heute schon, bevor ihr Staat recht ins Leben tritt, wieder an, wie sie vor hundert Jahren gemeldet hatten. Ihr Ministerpräsident Paderewski ist ein guter Russtank, scheint aber ein schlechter Politiker zu sein. Er hat sich Ami niedergelegt und ist treuzoll zu seinem Konzeptionsführer zurückgekehrt.

## Der Islam steht auf.

In London sind Nachrichten eingelaufen, die die Lage im Orient bedrohlich erscheinen lassen. Während sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf Paris und Westeuropa richtete, wo die Fäden der großen Politik zusammenlaufen, hat sich im Stillen in den mohammedanischen Ländern eine gewaltige Bewegung vorbereitet, die einstweilen Beachtung erheischt. Nach Meldungen aus Konstantinopel ist nämlich nicht mehr daran zu zweifeln, daß in den Gebieten des Islams wiederum der heilige Krieg gegen England gepredigt wird. Die grüne Fahne des Propheten ist entrollt und begeistert die Mohammedaner zum Kampfe gegen ihre Unterdrücker. Die, wie man am Bosporus glaubt, lediglich auf englisches Getreide in Aussicht genommene oblige Inflation der Türkei, was die nur ein winziges Sultanat Standout übrig gelassen werden soll, hat unter den politischen Führern der Hauptstadt eine steigende Erregung hervorgerufen. Das Komitee für Freiheit und Fortschritt, das trotz der verwerflichen Lage den „kranken Mannes“ den Mut und die Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft des Vaterlandes noch niemals aufgegeben,

hat alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das unter der Hitze glühende Feuer zu schüren. Die Seele des neuen Aufstandes ist kein geringerer, als Enver Pascha, der fleischliche Feldherr und kühnere Kriegsmann, das Haupt der Jungtürken. Tatsächlich wie nie zuvor, hat er bereits vom Kaukasus aus, wo er gegenwärtig weil, Begleitungen über Sibirien zur Sowjetregierung in Moskau angeknüpft. Dort stehen augenblicklich seine Agenten in Unterhandlung; wie sie dem Vernehmen nach zu einem Abkommen verdrachtet haben, das in die Tagen perfekt werden soll. Danach hat, wie es heißt, Rußland bestimmte Zusicherungen gegeben, die Türkei in diesem Befreiungskriege durch Hilfstuppen und Lieferung von Waffen und Munition zu unterstützen. Enver Pascha wird die gesamte Leitung der Operationen übernehmen, man will vor allem den Engländern in Arabien, am Persischen Golf, und in Indien durch einen Angriffskrieg nach wohlüberdachtem Plan zu Felde gehen. Der Fanatismus der Mohammedaner in den dortigen Ländern des Kalifats ist zur Siedehitze gesteigert. Man rechnet deshalb in London mit ernstlichen Ereignissen in den kommenden Wochen.

## Tagesneuigkeiten.

### Uebergabe der deutschen Denkschrift.

Verailles, 28. Mai. Reichsminister Graf v. Brockdorff-Rongau hat heute namens der deutschen Friedensabordnung dem Vizepräsidenten Clemenceau den ersten Teil der ausführlichen deutschen Denkschrift zu dem von den Gegnern überreichten Friedensvertragsentwurf mit einer kurzen Begleitnote überreicht. Der Rest der Denkschrift wird am Donnerstag übergeben zusammen mit einer die Grundgedanken und Vorschläge der Denkschrift erläuternden Kartei.

### Streikluft in England.

Wie die „Humanität“ mitteilt, droht in England ein großer Streik, der diesmal im Gegensatz zu früheren Streiks politischen Charakter tragen wird. Der englische Arbeitsminister ist bereits in Paris eingetroffen, um über die drohende innerpolitische Gefahr zu beraten. Wie er mitteilt, haben sich der Eisenbahner-, der Bergarbeiter- und der Transportarbeiterverband zusammenschlossen und der Regierung folgende Forderungen unterbreitet: Aufhebung des Dienstpflichtgesetzes, sofortige Aufhebung der Blockade gegen Deutschland, Zurückziehung der Truppen aus Rußland, Freilassung der politischen Gefangenen und Zurücknahme eines Armeebefehls, der den Truppen befiehlt, im Streikfall den militärischen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten. Falls die Regierung die Annahme dieser Forderungen verweigert, soll sofort der politische Generalstreik proklamiert werden.

### Aus russischen Geheimarchiven.

Berlin, 29. Mai. Während die „Unabhängigen“ und eine erklecklich Anzahl sogenannter Intellektueller in einer Art von Flagellantentum immer wieder Deutschland und seine früheren Machthaber als die einzig Schuldigen am Ausbruch des Weltkrieges bezeichnen, hat in den Moskauer „Pravda“ ein bolschewistischer Schriftsteller aus dem russischen Geheimarchiv unerschöpfliche Dokumente veröffentlicht, die — was jeder verständige Beobachter der Weltgeschichte nie zweifeln konnte — klar erweisen, wie in Wahrheit dieser Krieg von Rußland, Frankreich und England sowie auch von Italien seit Jahren vorbereitet worden ist. Einem Aufsatze des „Pravda“, der sich mit diesen Enthüllungen befaßt, entnehmen wir das folgende: Im September 1912, also am Vorabend des ersten Weltkrieges, begab sich der russische Minister des Auswärtigen, Sazonow, nach England, um dort zu sondieren. Darüber berichtete er an den Zaren: Nachdem ich Grog vertauscht in den Inhalt unseres Varnabkommen mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß laut abgeschlossenen Vertrag die französische Flotte um die Sicherung unserer Interessen auf dem südlichen Ozean schaukeln bemüht sein will, in dem sie die österreichische Flotte hindert, nach dem Schwarzen Meer durchzudringen, fragte ich den Staatssekretär, ob nicht England einerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen könnte durch Ablenkung des deutschen Geschwaders von unserer Küste in der Ostsee. Grog erklärte ohne zu zögern, daß wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Nachstellung den schärfsten Schlag zuzufügen. Grog bestätigte bei dieser Gelegenheit Sazonow gegenüber das Vorhandensein eines französisch-englischen Abkommens, wonach



sich England im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichtet habe. Frankreich nicht zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zur Hilfe zu kommen.

Sazonow fährt dann in seinem Bericht an den Zaren weiter wie folgt fort: „Der Kaiser, der in einer der Unterredungen mit mir dieselben Fragen berührte, sprach sich noch viel entschiedener aus. Mit sichtlichem Bemühen erwähnte S. M. das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seefreihandelsverträge und sagte, daß dies im Falle eines Zusammenstoßes von ganz besonderen Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Seehandel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren.“ Der Zar äußerte sich in einem Geheimbericht aus Plochia, 11. April, folgendermaßen: „Um die Marzessagen zu öffnen, werde ich Gewalt anwenden.“ Bei den folgenden Verhandlungen über die russisch-französisch-englische Konvention wurde beschlossen, sich untergeordneter Organe als Mittelpersonen zu bedienen, um nicht Deutschlands Aufmerksamkeit zu erregen. Dabei wurde der Plan in Erwägung gezogen, die deutsche Flotte durch die englische in der Nordsee festzuhalten und englische Transportschiffe noch vor der Eröffnung der Kriegsoperationen in die Ostsee zu lassen um eine russische Landung in Pommern vorzunehmen. Dieses war alles noch lange vor dem Nord von Serajewo beschlossen. Der „Vorwärts“ teilt noch Telegramm Iswolski, der damals Rusland in Paris vertrat, in dem — am 2. Mai 1914 — Iswolski den Elmarisch deutscher Truppen in Luxemburg und Belgien höchst vorteilhaft für Frankreich nennt.

#### Die Einhaltung der Oesterreicher.

Wien, 29. Mai. Nach kürzlicher Auffassung besteht der hauptsächlichste Grund für die verzögerte Unterzeichnung der finanziellen Bedingungen in St. Germain darin, daß zwischen den Verbandsmächten einerseits, den Tschechoslowaken und Polen andererseits bisher ein Einverständnis bezüglich der beschlossenen Schadensgutmachung und der Aufstellung der Kriegsschulden auf die Nationalstaaten nicht zu erzielen war. Man weiß, daß Tschechen und Polen schon vor einigen Wochen für Deutschösterreich ungezügelter Forderungen gestellt haben, die sogar den Amerikanern und Engländern unumgänglich erschienen, jedoch von Paris Sir Francis Oppenheimer nach Wien geschickt wurde, um die Finanzlast Deutschösterreichs zu stabilisieren. Er reist morgen nach Paris wieder ob und sein Bericht dürfte die finanziellen Entschlüsse bezüglich Deutschösterreichs wesentlich beeinflussen. Nebenbei scheint der Verband auch zu drabsichtigen, durch Zurückhaltung der endgültigen Formulierung der finanziellen Forderungen und Verhütung von harter Belastung auf die Deutschösterreicher einen Druck ausüben zu können, falls sie in Gebietsfragen Widerstand leisten.

Verfallenes 28. Mai. Die Unterzeichnung des Friedensentwurfs an die österreichische Abordnung findet am Freitag mittags 12 Uhr statt. Die Abordnung dieser Sitzung ist jetzt festgesetzt und entspricht ungefähr der vom 7. Mai. Wiederum wird Clemenceau die Sitzung mit einer kurzen Ansprache eröffnen. Dann wird eine Antwort des Staatskanzlers Renner erwartet. Die öst. Abgeordneten werden wie die Deutschen in den Saal geführt. Danach überreicht ihnen während der Rede Clemenceaus den Text der Friedensbedingungen. Die Sitzung soll zur 20 Minuten dauern. Die französische Presse soll morgen abend einen Auszug der Friedensbedingungen erhalten.

#### Was man in Versailles totschweigen will.

Hang, 28. Mai. WTB. Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ erzählt, daß beschlossen worden sei, die an Wilson gerichteten Briefe der amerikanischen Delegierten, die ihre Ämter niedergelegt, nicht zu veröffentlichen. Mindestens einer dieser Briefe, der von einem in der Öffentlichkeit stark hervorgetretenen Herrn stammt, drückt die tiefste Enttäuschung aus und ist voll von Vorwürfen gegen den Präsidenten Wilson. Zu Recht oder zu Unrecht fühlen die amerikanischen Delegierten, daß die Koalition gescheitert sei und daß sie, statt einen vertretbaren Frieden zu schaffen, der allen Kriegen ein Ende mache, nur neue Grundlagen für künftige Streitigkeiten hervorgebracht habe. Einer dieser Herren erklärte dem Berichterstatter der „Westminster Gazette“, das Schlimmste seien die territorialen Bestimmungen. Wenn man Menschen unter fremde Herrschaft stelle, schaffe man sicher früher oder später Kriege. Im neuen Polen gebe es Teile, die man unmöglich als polnisch ansprechen könne. Wenn es auch unecht gewesen sei, die Polen unter die deutsche Herrschaft zu stellen, so sei es ebensoviele unecht, Deutsche der polnischen Herrschaft zu unterwerfen. Ein Teil der territorialen Vorschläge sei mit nationalen und ethischen Erwägungen durchaus unvereinbar. Die übrigen Bedingungen würden nicht so leicht abgeändert werden. Es werde schwer sein, die Grenzen zu einem späteren Zeitpunkt wieder zurückzusetzen. Man müsse sie als endgültig betrachten, und da sie endgültig seien, würden sie dauernd als Unrecht empfunden und schließlich zum Kriege führen.

#### Verhaftung von Arbeiterführern durch die Engländer.

Benzah, 28. Mai. WTB. Infolge Ablehnung der Forderung der hiesigen Arbeiterkass auf eine einmalige Steuererhöhung hatte der Aktionsausschuß der Arbeiter die britische Behörde angerufen, welche entschied, daß die Forderung für alle Arbeiter nicht bewilligt werden könne.

Die Arbeiterausschüsse beschloßen darauf gestern abend den sofortigen Generalstreik, trotzdem von der britischen Behörde der Streik verboten wurde. Der Aktionsausschuß wurde heute morgen von der britischen Behörde auf das Rathaus bestellt und ihm erklärt, ob er sich bewußt wäre, daß er gegen die britischen Anordnungen verstoßen hätte. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses bejahte die Frage, worauf die Mitglieder des Ausschusses für verhaftet erklärt wurden. Der General gab am Schluß noch zwei Arbeitervertretern die Erklärung ab, daß jeder, der weiterstreikt, über die Grenze transportiert werde. Bei der Abführung des Streikausschusses wurden von einigen Arbeitern Hochrufe ausgebracht. Die betreffenden Leute mußten sofort ihre Pässe abgeben und gehen einer strengen Verstrafung entgegen. Heute abend findet eine Versammlung statt, in der über die Anordnung der britischen Behörde Mitteilung gemacht werden soll. Das Gas- und das Wasserwerk werden durch die Beamten in Betrieb gehalten.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 31. Mai 1919

Zur Besetzung händiger Lehrstellen an evang. Volksschulen ist u. a. für besichtigt erklärt worden: Martin Schabitz von Sigmaringen.

Durch Entschließung der Staatsregierung ist der Verwaltungssprekator Kader Noll beim Oberamt Magold zum Oberamtssekretär beim Oberamt Hertenberg ernannt worden.

**Vom Rathaus.** Das neugewählte Gemeinderatskollegium hielt am Mittwoch morgens, seine erste Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Stadtschultheiß Kaler das Wort zur Begrüßung an den neuen Gemeinderat, gab jedoch, da ein festumrissenes Arbeitsprogramm für das neue Jahr unter diesen Zeitverhältnissen schlecht möglich ist, einige Hinweise auf Arbeiten, die erledigt werden müssen, wie z. B. Feuerungszulage, Wohnungsfürsorge, Lebensmittelversorgung, Schutz der wirtschaftlich Schwachen, Bereitstellung von Notstandsarbeiten. Die Verantwortung des Gemeinderats ist größer geworden und es wird oft sehr schwer sein, Entschlüsse zu fassen. Der Gemeinderat aber möge bestrebt sein, die Würde des Gemeinderates zu pflegen, dazu gehört besonders die Beobachtung strengster Bescheidenheit in geheim zu haltenen Dingen. Späterhin sollen Ausschüsse gebildet werden. Der Vorsitzende schloß mit den Worten: „Möge der Gemeinderat ein treuer Diener des Supras werden!“ — Darauf erfolgte die Vereidigung der 7 neugewählten Mitglieder. — Nach Vereidigung des Wahlprotokolls wurde noch leb. Depatte die Sitzungs- und die Zeit der Sitzungen bestimmt. Am 11 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, die Sitzungen künftig Mittwochs und zwar nachmittags 4 Uhr abzuhalten. — Das Bürgerrecht soll demnächst verteilt werden. — Das Erziehungsausschusses hat den Erzeugnissepreis auf 45 % heraufgesetzt. Das hat natürlich eine Erhöhung im Kleinhandel ebenfalls zur Folge. Mit allen Kosten Speisen würde sich der Literpreis auf ca. 53 % stellen. Die Veranlassung besteht, dem vom Oberamt vorgeschlagenen Literpreis an Verbraucher auf 50 % zuzustimmen und die übrigen Speisen zu tragen. Da der Staat keine Zuschüsse mehr gibt, ist die Stadt nicht in der Lage, alle Speisen (das wäre ein jährlicher Betrag von ca. 20000 M.) zu tragen. — In den Hilfsauschuß wurden die HH. Schwabacher, Bauer, Häußler und Käufer gewählt. — Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft. Es schloß sich dieser eine geheime Sitzung an.

**Der Auslandspost.** In einzelnen Teilen des Landes scheint die Meinung verbreitet zu sein, daß die gesamte Menge des auf Württemberg einfallenden Auslandsposts der Stadt Stuttgart zugewiesen worden sei. Das ist nicht richtig. Stuttgart ist nur zuerst betroffen worden, wie dies den vom Reichsernährungsministerium gegebenen Richtlinien entspricht, die bestimmen, daß zunächst die großen Städte und Industriestädte versorgt werden müssen. Die anderen Bezirke kommen nacheinander entsprechend diesen Richtlinien an die Reihe. Die Zeitfolge der Belieferung ist von dem Anrollen des Specks abhängig. Von der Fleischspezialstelle aus geschieht alles, um das Herankommen zu beschleunigen.

**Handel mit Seife.** Es wird darauf hingewiesen, daß Seife nach wie vor nicht frei gehandelt werden darf. Seife darf nur zu den gesetzlich bestimmten Höchstpreisen und gegen Selbstenkarten abgegeben werden. Die Herstellung von Seife ist nur den Mitgliedern der Seifenherstellung- und Betriebsgesellschaft gestattet. Aus dem Ausland oder bestimtem Gebiet kommende Seife mit dem Reichsausschuß für Ole und Fette, Berlin N. N. 7 unter den Linden 68 a, anzumelden und abzuliefern. In letzter Zeit häufen sich in Tageszeitungen und Fachzeitschriften die Angebote von Seife, insbesondere französischer, belgischer und holländischer Ursprungs. Der Käufer derartiger Produkte riskiert die Beschlagnahme der Seife und Inanspruchnahme derselben durch den Reichsausschuß für Ole und Fette. Es ersuchen ihm dadurch schwere wirtschaftliche Nachteile; außerdem legt er sich des Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Es wird deshalb vor Seifenkäufen jeder Form gewarnt.

**Gaiterbach.** Heute fand hier auf dem Rathaus in einer öffentlichen Sitzung der Mitglieder des alten und neuen Gemeinderats und des leibherrigen Bürgerausschusses unter dem Vorsitz des Herrn Oberamtmannes in Magold die Amtseinführung des neuen Herrn Stadtschultheißen Kauer statt. Herr Oberamtmann Ritz dankte zunächst dem leibherrigen Amtsvorsteher Herrn Stadtpfleger Kager für

seine bisherige geschäftsmäßige Tätigkeit und umsichtige Geschäftsführung und wies darauf hin, in welcher schwerer Zeit der neue Stadtschultheißen das Amt übernehme und welche Schwierigkeiten ihm noch begegnen könnten und empfahl ihm, durch objektives Handeln und gleiche Freundlichkeit Jedermann gegenüber sich das Vertrauen der ganzen Einwohnerschaft zu erwerben. Herr Stadtpfleger Kager gab dem neuen Stadtschultheißen wohlgemeinten Rat auf den Weg und erklärte es die großen Aufgaben, die der Gemeinde harrten. Herr Oberlehrer Pagenbach empfahl die hiesige Schule und Jugend der besonderen Fürsorge des Herrn Stadtschultheißen. Zum Schluß begrüßte Herr Stadtschultheißen Huppenbauer namens der viel. Kirchengemeinde den neuen Stadtschultheißen und hieß ihn herzlich willkommen. Im Anschluß an diese feierliche Handlung fand ein gemeinsames Mittagessen im Gasthof z. Hirsch statt.

#### Aus dem übrigen Württemberg.

**Stuttgart.** Der Sonderausschuß für die Beirung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer beantragte heute die 2. und dritte Lesung des Gesetzes. Zu Art. 3 wurde von Siedel (SP.) die Wiederherstellung des Entwurfs beantragt, wonach die Landwirtschaftskammer sich aus 60 von den Landwirten und 16 von den landwirtschaftlichen Arbeitern gewählten Mitgliedern zusammensetzt. (Der Ausschluß hatte in erster Lesung 48 gegen 12 festgesetzt.) Dieser Antrag wurde aber mit 14 gegen 6 Stimmen (4 SP., sowie Waag (3.) und Herrmann (SP.) abgelehnt. Es erbrüt sich jedoch bei dem früheren Beschluß mit zusammen 60 Mitglieder. Ein weiterer Antrag Siedel, Gattenbau nur 1 Vertreter hat 2 zu bestimmen, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Zu Art. 7 und 8 beantragte Graf (3.) und Siedel (SP.), das Wahlalter für Landwirte wie für landwirtschaftliche Arbeiter auf 25 Jahre festzusetzen. Dieser Antrag wurde aber bezüglich der Landwirte mit 10 gegen 9 Stimmen (SP. und 3.) bei 1 Stimmenthaltung (Herrmann SP.) abgelehnt. Hierauf zog die Antragsteller ihren Antrag zu Art. 8 betr. die landwirtschaftlichen Arbeiter zurück. Zu Art. 24 wurde ein neuer Absatz 4 auf Antrag Winter (S.) und Herrmann (SP.) folgenden Inhalts angenommen: Die Anlage ist föllig nach Ablauf der zweimonatigen Einspruchsfrist, bei erhobenem Einspruch mit dem Eintritt der Rechtskraft der Rechtsbehörden. Die übrigen Artikel des Entwurfs wurden ohne Abänderung angenommen. In 3. Lesung wurden noch auf Antrag Hanfer (3.) und Fischer (SP.) die Zahl der Mitglieder, die durch Zuwahl von der Landwirtschaftskammer berufen werden können, von 10 auf 11 erhöht. Dieser Antrag wurde mit 19 gegen 1 Stimmenthaltung von Wasser (S.) Annahme. Infolgedessen beträgt die Gesamtzahl der Mitglieder der Landwirtschaftskammer 80, während der Entwurf 94 und die Beschlüsse der 1. Lesung des Ausschusses 79 vorgeschlagen hatten. — Damit hatte der Ausschluß seine Arbeiten beendet.

**Leonberg.** Auf der Suche nach geholtenen Hühnern wurde, wie die „Stem- und Württemberg-Zeitung“ berichtet, eine geheime Buchdruckerei entdeckt. Zwei Landwirte und ein Schuchmann fanden in dem abgelegenen „Hühnerast“ im Ort abgedruckten Unterlegscheine eine wohlgerüstete Buchdruckerei. Bekästen, Schriftmaterial, eine kleine Druckmaschine, seltsame Spielvorricht., alles war vorhanden. Die Sparschliffen hatten hier eine Niederlage, in der Hühnerschliffen hergestellt wurden. Circa 15000 Aufträge an die Bauern wurden beschlagnahmt. Der Hausbesitzer, der nicht angab, wem die Druckerei gehört, und ein unbekannter Mann wurden in Haft genommen, während eine Franzosenperson entkommen konnte. Außer der Druckereianstaltung fand man 30 Paar Lederhosen aus Treibriemen hergestellt, 1 Jagdgewehr und 3 Armeerevolver.

#### Eingekandt.

#### Zur Wahl in die Landeskirchensynode.

Herr Pfarrer Wüdrich in Unterjettingen legt sich unendlich auf. Diejenigen Geistlichen, welche sich auf dem Boden der Heiligen Schrift und des Bekenntnisses stehen, können eine Bekenntnisordnung ruhig eintragen. — Uebrigens hat Herr Pfarrer Römer kein neues Verleugergesetz verlangt sondern nur den Schutz der bisherigen Ordnung. Er hat als Mindestforderung aufgestellt, daß nur direkte Angriffe auf das Bekenntnis nicht gestattet sein sollen. — Gewand daß sich manche Theologen so sehr gegen eine Verpflichtung auf das Bekenntnis wehren, macht uns fähig, und haben es sich diese Herren selbst zuzuschreiben, wenn Ihnen manchmal mit etwas Mißtrauen auf den Zahn geföhlt wird. Wir Kirchenleute wollen im Gottesdienst, und für unsere Kinder in Unterriecht (auch in den höheren Schulen) das reine Evangelium, wie es im apostolischen Glaubensbekenntnis so schön und klar zusammengefaßt ist. Wir können es uns nicht leisten lassen, wenn es auf Grund der Ausführungen des Mittwoch Abends erlaubt sein sollte, daß uns am Sonntag ein Pfarrer im Gassenweg zum ersten Blatt des Neuen Testaments sagt, der Hirtland sei nur ein Mensch, oder am Osterfest, der Herr Jesus sei nicht leibhaftig anwesend.

Für uns kann es deshalb am Sonntag gar keinen Zweifel geben, daß wir unsere Stimmen nur den beiden Kandidaten, Herrn Pfarrer Dr. Römer, Stuttgart und Herrn Herrwaller Bauer, Magold, geben. Ein Satz.

#### Zur Lehrverpflichtung der Pfarrer.

hat sich in der geistigen Kammer Herr Pfarrer Weil bei 1 in Unterjettingen ausgesprochen und fordert die „morallische Bindung“ des Pfarrers an das Bekenntnis der Kirche unter Ablehnung einer rechtlichen Bindung. Damit wäre die Entscheidung darüber, wie sich ein Pfarrer in seiner





**Ev. Kirchengemeinde Nagold.**  
**Die Wahl zur**  
**Landeskirchenversammlung**

findet am **Donnerstag den 1. Juni, von 11-4 Uhr** für den Bezirk I (aufwärts rechts der Calmer-, Markt- und Halberbacherstraße) im **Rathaus**, für den Bezirk II (aufwärts links der Calmer-, Markt- und Halberbacherstraße im **Knabenschulhaus** statt. Die Wahl geschieht in der Weise, daß der Wähler an den Wahlstisch tritt, mit der Nummer der Wahlkarte seinen Namen angibt, und sobald dieser in der Wählerliste vorgemerkt ist, den zusammengefalteten Stimmzettel dem Vorsitzenden des Wahlschusses übergibt, welcher ihn in die Wahlurne legt. Stimmerteilung bei der Wahl ist ausgeschlossen. Zugelassen zur Stimmabgabe sind nur solche Wähler, welche in die Wählerliste eingetragen sind. Die Stimmzettel sollen die Namen von **1 weltlichen** und **1 geistlichen** Bewerber enthalten. Näheres ist nicht vorgeschrieben. Ungültig sind Stimmzettel, die mit einem zur Kennzeichnung des Wählers bestimmten Kennzeichen versehen sind oder keine lesbaren Namen enthalten oder ihrem ganzen Inhalt nach durchfalscht sind. Die wahlberechtigten Gemeindeglieder werden zu reger Beteiligung an der Wahl eingeladen.  
Nagold, 30. Mai 1919.

Deban Fleiderer.

Emmingen, den 30. Mai 1919



**Trauer-Anzeige.**

Teilnehmenden Freunden, Bekannten und Verwandten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Vater,

**Johannes Renz**  
Küfer

heute nach 1 Uhr im Alter von 73 Jahren nach langem schwerem Leiden entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen  
**Wilhelmine Renz geb. Böker**  
und 3 Kinder.

Beerdigung: Sonntag nachm. 2 Uhr.

**Sozialdem. Verein Wildberg.**

Die Mitglieder und Angehörige sowie künftige Einwohner werden nach 6 Uhr abends auf die **heute Samstag** abends 8 Uhr im „Schwarzwaldbühnen“ (Kaufhaus) **öffentl. Versammlung über:**

**„Das Landeskirchenparlament“**

auszuführen gemacht.

Jede Partei- und Konfessionszugehörigkeit, wie dies leider schon geschah, hat zu unterbleiben.

Der Gesamtvorstand.

**An die Kirchengemeindeglieder**  
**des Herrenberger Bezirks.**

In letzter Stunde fordern wir Euch nochmals dringend auf: Kommet alle zur Wahl, keines diebe in Haus, wahret Euer gutes Recht, laßt die große Mehrheit der Kirchengemeindeglieder auch ihren Vertreter bekommt, laßt Euch nicht belächeln durch den Ruf: „He Bauer, He Professor!“, sondern merket, daß nicht der Bauer, sondern der Stundemann Lukas Theurer als Gegenkandidat aufgestellt ist. Darum wählet:

**Professor D. theol. Scheel.**  
Der Wahlanschuh.

**Carl Kaelble, Backnang**  
Spezialfabrik  
für alle Arten Holz- und Metallarbeiten  
**Brannholz-Säge und Spaltmaschine**  
auch zum Anstrich von  
Druckmaschinen, Schrotmühlern  
u. s. w. vorzüglich geeignet.  
- Neben Familienwerkzeugen -  
Max. verlässigster Drucksaft.

**Heinr. Brösamle**  
**Magda Brösamle**  
**Vermählte.**

STUTT GART, 31. Mai 1919.  
Danneckerstr. 44

**An die evang. Wähler des Bezirks.**

Wer morgen wählt, muß wissen

1. daß Prälat Römer der Führer der kirchl. Rechte ist.
2. daß in der Landtagswahl Prälat Römer der einzige war, der dagegen stimmte, daß auch Frauen in die Landeskirchenversammlung kommen; der am liebsten das kirchl. Frauenstimmrecht wieder abschaffte.
3. daß nach allg. Ansicht die Bekenntnisfrage zurückgestellt werden sollte angesichts der politischen Sorgen. Prälat Römer war es, der trotzdem in seinem Blatt diese Frage heraufzog. Nun ist der Meinungsstreit vorzeitig entbrannt.
4. die Pastoren sind nach der gegenwärtigen Meinung an Eidesstatt verpflichtet, das Evangelium nach dem reformatorischen Verständnis der Bibel zu verkündigen. Prälat Römer ist der einzige, dem das nicht genügt. Er wünscht ein Freikirchengebiet. Die gegenüber früheren Jahrhunderten mehr und mehr zunehmende Bindung der Pastoren am Evangelium will er durch ein Lehrgesetz ergänzen.

Wollt ihr ihn wählen, Frauen?  
Wollt ihr ihn wählen, friedliebende Ortschaftsleute?

Wollt ihr ihn wählen, Freunde evang. Freiheit?  
Wer ihn nicht wählen kann, wähle stattdessen

**Stadtpfarrer Böker von Wildberg,**  
der in alledem nicht rückwärts, sondern vorwärts will.

Er muß weiter wissen,

1. daß Herrwaller Bauer als Kandidat aufgestellt wurde von den Kirchengemeindegliedern des Bezirks in einer amtlichen Versammlung, also dem bisherigen System verpflichtet ist.  
Wollt ihr ihn wählen, Freunde einer selbständigen, unbeschränkten, unbeschäftigten Meinungsäußerung?
2. daß Herrwaller Bauer eine Trennung der Volkskirche in weltlichen nach theologischen Richtungen ins Auge faßt.  
Wir wünschen, daß die Theologen sich betragen, daß in der Volkskirche alle eine Heimat haben sollen. Stundentrate und freikirchliche Gemeinde, gar in unserer schweren Zeit, da wir zusammenhalten sollten, der Wahl.

**Prokurist Schumacher,**

der unmittelbar aus Kreisen des Kirchenvolkes aufgestellt wurde, das Vertrauen aller Kreise genießt und für höchste Erweiterung der Rechte der Laien eintritt.  
Der Wahlanschuh.

**Zur Landeskirchenversammlungs-Wahl.**

Wie tut es in der Seele mich, daß bei dieser Wahl, wie bei einer politischen, Gegenkandidaten aufgestellt werden. Viele, sehr viele im Volk können das einfach nicht verstehen. Was wollen denn die Gegenkandidaten? Man geht in die Kirche um Gottes Wort zu hören, Trost und Kraft dort zu holen für den Kampf des Lebens. Oder sollen dort in Zukunft politische Richtungen zum Ausdruck kommen? Etwas anderes kann man sich nicht denken, was die Gegenkandidaten erstreben. Man kann doch nur Christus predigen in der Kirche, sonst ist sie ja keine Kirche mehr.

Gebet am Wahltag den Stimmzettel ob mit den Namen:

**Prälat Römer u. Berwalter Bauer**  
Einer aus dem Volk.

**Herzliche Einladung**  
zu der Jahresfeier der  
**Kinderrettungs-Anstalt in Stammheim**  
am Pfingstmontag nachmittags 2 Uhr.

Am **Mittwoch, den 4. Juni, nachm. 4 Uhr**  
findet im hiesigen **Veretnshaus** die  
**jährliche Brüderkonferenz**  
statt. Zur Teilnahme wird herzlich eingeladen.  
Nagold, 30. Mai 1919  
Fleiderer. Seeger.

**KATHARINE BRENNER**  
**GEORG EHRET**  
**VERLOBTE**  
EGENHAUSEN      MAI 1919.

**Effringen.**  
**Hochzeitseinladung.**  
Zu unserer Nachhochzeitsfeier am  
**Sonntag den 1. Juni 1919**  
nachmittags 2 Uhr, laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte in das Gasthaus z. „Hirs“ freundlichst ein.  
**Georg Koch** †  
Schlosser  
Sohn des  
Joh. Georg Koch, Bahnarbeiter in Effringen.  
**Anna Koch**  
geb. Giesstädt  
Tochter des  
† Karl Giesstädt, Maurer in Raumburg a. d. Saale.

**Wenden-Simmerfeld-Sumweiler.**  
**Hochzeits-Einladung.**  
Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am  
**Donnerstag den 5. Juni 1919**  
im Gasthaus z. „Krone“ in Wenden stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.  
**Friedrich Großmann** †  
Sohn des  
† Joh. Georg Großmann  
Gemeindepfleger  
und Bauer in Wenden.  
**Christine Waidelich**  
in Sumweiler  
Tochter des  
† Philipp Waidelich  
Bauer in Simmerfeld.  
Kirchgang 1 Uhr.  
Wir bitten, dies hat jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

**Walldorf, den 29. Mai 1919.**  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme, welche uns b. i. dem Verluste meiner lieben Gattin und Mutter  
**Marie Walz geb. Schöttle**  
von allen Seiten entgegengebracht wurden, sagt herzlichsten Dank  
**Jakob Walz.**